

E-01 Energiewende

AntragsstellerIn:	Landesvorstand
Gegenstand:	Leitantrag Energiewende
Anmerkungen	In dieser Fassung beschlossen am 9.12.

So schaffen wir die Energiewende!

1 Den Energie- und Industriestandort NRW zukunftsfähig gestalten

2 Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsprojekt für Deutschland und Nordrhein-
3 Westfalen. Von ihrem Gelingen hängt viel ab: Eine sichere und klimaverträgliche
4 Energieversorgung ohne die unbeherrschbaren Risiken der Atomkraft. Bezahlbare
5 Energiepreise trotz weltweit steigender Energienachfrage und gleichzeitig begrenzter
6 fossiler Energieträger. Die Stärkung innovativer Industrien und hunderttausende
7 Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien. Gelingt die Energiewende in
8 Deutschland, wird das beispielgebend auch für andere Länder sein, konsequent den
9 Weg von Kohle und Atom hin zu erneuerbaren Energien zu gehen.

10 All das setzt die schwarz-gelbe Bundesregierung aufs Spiel, indem sie die
11 Energiewende politisch bremst, blockiert und behindert. Wirtschaftsminister Rösler und
12 Umweltminister Altmaier drosseln den Ausbau der erneuerbaren Energien, blockieren
13 Energieeinsparungen und verschleppen den Netzausbau. So droht die
14 Bundesregierung die Energiewende an die Wand zu fahren!

15 Im Oktober wurde bekanntgegeben, dass die Umlage für das Erneuerbare-Energien-
16 Gesetz (EEG) 2013 von bisher 3,6 Cent/kWh auf rund 5,3 Cent/kWh steigen wird. Die
17 Gegner der Energiewende haben dies zu einer beispiellosen Kampagne gegen die
18 erneuerbaren Energien und das EEG missbraucht. Dabei geht nur gut ein Drittel der
19 Umlageerhöhung – rund 0,6 Cent von 1,7 Cent - auf den Bau neuer Windenergie-,
20 Solar- und Biogasanlagen in diesem Jahr zurück. Zwei Drittel sind anderen Faktoren
21 geschuldet, vor allem den von Schwarz-Gelb ausgedehnten Ausnahmen für immer
22 mehr Unternehmen und Betriebe.

23 Union und FDP haben die EEG-Umlage für VerbraucherInnen und Mittelstand durch
24 falsche Entscheidungen selbst in die Höhe getrieben. Nun versuchen sie, die
25 steigenden Preise als Argument gegen die Energiewende und gegen das EEG zu
26 instrumentalisieren. Dieses Doppelspiel werden wir Grüne ihnen nicht durchgehen
27 lassen!

28 Die massive Kampagne gegen das EEG ist Ausdruck eines Machtkampfes um die
29 Zukunft der Energieversorgung. Der Erfolg der erneuerbaren Energien hat die Gewinne
30 und Marktanteile der großen Energiekonzerne gedrückt. Das Oligopol von RWE, E.ON
31 und Co. bröckelt, Energiegenossenschaften und Stadtwerke profitieren. Neue
32 Steinkohlekraftwerke sind nicht mehr wirtschaftlich, und auch deshalb wird in
33 Deutschland keines mehr geplant. Bei der Braunkohle ist eine ähnliche Entwicklung
34 absehbar, was die laufenden Kraftwerksplanungen von RWE und Vattenfall noch viel
35 fragwürdiger macht. In der aktuellen Preisdebatte sehen manche Vertreter der alten
36 Energiewirtschaft offensichtlich ihre letzte Chance, die Energiewende doch noch
37 aufzuhalten. Damit werden sie bei uns Grünen auf entschiedenen Widerstand stoßen!

38 Wir wollen die Energiewende weiter vorantreiben, für Versorgungssicherheit und faire
39 Energiepreise sorgen und den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch
40 bis 2020 auf über 45% steigern. Zu diesem Zweck wollen wir das EEG weiterentwickeln
41 und Kosten und Nutzen der Energiewende fair verteilen.

42 Als größtem Industrieland in Deutschland und Energieland Nummer eins kommt
43 Nordrhein-Westfalen dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir in NRW wollen Vorreiter sein bei
44 Klimaschutz und Energiewende! Mit dem Klimaschutzgesetz NRW, das gerade im
45 Landtag beraten wird, trifft NRW eine politische Leitentscheidung zugunsten der
46 erneuerbaren Energien. NRW setzt sich eigene ambitionierte Ziele zur Begrenzung des
47 Treibhausgasausstoßes. Bis zum Jahr 2020 sollen 25% der Treibhausgasemissionen in
48 NRW gegenüber 1990 reduziert werden, bis zum Jahr 2050 mindestens 80%. Das geht
49 nur mit einem konsequenten Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien. Wir
50 erklären uns daher solidarisch mit denjenigen, die friedlich gegen Kohleabbau und –
51 kraftwerke protestieren und unterstützen die wachsende Anti-Kohle-Bewegung.

52 Mit dem Klimaschutzplan NRW, der seit Sommer 2012 unter breit angelegter
53 Einbindung aller Akteure in NRW erarbeitet wird, geht NRW einen weiteren großen
54 Schritt nach vorn. Wir wollen dabei Vorbild für den Bund sein. Denn wir sind überzeugt:
55 Eine Jahrhundertaufgabe wie die Energiewende schultert man nur als
56 Gemeinschaftswerk.

57 Wir Grüne haben die Energiewende vor zehn Jahren mit dem Atomausstieg und dem
58 EEG eingeleitet. Wir wollen sie zum Erfolg führen und die Energieversorgung so schnell
59 wie möglich auf 100% erneuerbare Energien umstellen. Das ist unabdingbar – aus
60 Gründen der Versorgungssicherheit, der Preisstabilität und des Klimaschutzes.

61 Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei
62 Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Angefangen mit der Produktion
63 unserer Nahrung, über unsere Mobilität und das Transportwesen, das Heizen in der
64 kalten Jahreszeit bis hin zum Betreiben von Maschinen und Geräten und dem
65 Herstellen von Produkten: Ohne die Nutzung der in Jahrmillionen entstandenen fossilen
66 Energieträger hätten sich viele Lebensbereiche nicht so entwickeln können, wie wir es

67 inzwischen als selbstverständlich ansehen. Schon daran wird deutlich, welche große
68 Herausforderung eine umfassende Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und
69 Verkehr darstellt.

70 **Chancen der Energiewende für den Industriestandort NRW nutzen**

71 Neben ökologischen Vorteilen bietet die Energiewende auch große wirtschaftliche
72 Chancen für Deutschland und für NRW. Jedes zweite Getriebe für Windkraftträder
73 weltweit wird in NRW hergestellt, insgesamt arbeiten rund 26.000 Beschäftigte allein im
74 regenerativen Anlagen- und Systembau – Tendenz steigend! So steht der Ausbau der
75 erneuerbaren Energien beispielhaft für unsere Politik des Green New Deal, die
76 Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit verbindet.

77 Wir GRÜNE stehen zu dem Industriestandort NRW. Wir sind dabei gleichzeitig davon
78 überzeugt, dass NRW auf Dauer nur ein Industriestandort bleiben wird, wenn wir uns
79 den ökologischen und klimapolitischen Herausforderungen stellen und einen
80 grundlegenden Umbauprozess in Gang setzen. Nur wenn es gelingt, NRW zum
81 Vorreiter der ökologisch-industriellen Umgestaltung zu machen, schaffen wir es, Umwelt
82 und Wirtschaft in Einklang zu bringen, neue Wertschöpfung zu generieren, den Standort
83 NRW zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und so den Menschen eine
84 Zukunftsperspektive zu geben. Wir wollen NRW langfristig zu einem nachhaltigen
85 Industriestandort machen, wo klimaneutral, giftfrei und ohne Ressourcen- und
86 Materialverschwendung produziert wird und wo neue ökologisch verträgliche Produkte
87 hergestellt werden, die zum Vorbild für die internationale Produktion werden. NRW hat
88 beste Voraussetzungen dafür! Wir GRÜNEN wissen, dass eine reine Fixierung auf
89 Effizienzsteigerungen in der Produktion jedoch nicht ausreichen wird, um wirklich
90 nachhaltig zu wirtschaften. Denn: Unsere Ressourcen sind begrenzt, die Grenzen
91 unseres Planeten sind offenkundig. Ein solches Wirtschaftssystem kann nicht unendlich
92 wachsen. Daher ist es wichtig, dass jedes Wachstum im erneuerbaren Bereich dazu
93 führt, dass im konventionellen Bereich Kapazitäten zurückgeführt und abgebaut werden
94 können.

95 Für ein dicht besiedeltes Flächenland wie NRW, das Standort energieintensiver
96 Industrien und vieler Kohlekraftwerke ist, bedeutet die Energiewende eine große
97 Herausforderung. Wir sehen die industrielle Struktur unseres Landes als Chance und
98 als Auftrag, die nötigen grundlegenden Veränderungsprozesse voranzubringen und
99 NRW nicht zu einem Industriemuseum verkommen zu lassen. Unser langfristiges Ziel
100 ist es, die energieintensive Industrie mit den erneuerbaren Energien zu versöhnen.
101 Einerseits eröffnet die Energiewende der Industrie neue Marktchancen.

102 Andererseits ist die notwendige Transformation auf Produkte und Lösungen der
103 Industrie angewiesen. Dies gilt insbesondere auch für die chemische Industrie, deren
104 Möglichkeiten wir zum Beispiel für wichtige Stoffsubstitutionen, die Herstellung neuer
105 Dämmstoffe oder die Entwicklung leistungsfähiger Batterien für die Speicherung von

106 erneuerbaren Energien - u. a. in Elektroautos - brauchen. Um zukunftsfähig zu werden,
107 muss die Chemiebranche allerdings ihre Abhängigkeit vom Grundstoff Erdöl
108 überwinden.“

109 Zur Energiewende gehört auch der vollständige Ausstieg aus der atomaren Kette in
110 NRW, insbesondere in Gronau und Ahaus.

111 **Erneuerbaren-Boom fortsetzen, EEG weiterentwickeln**

112 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Motor der Energiewende. Wer ihn
113 abwürgt, bringt sie zum Stillstand. Durch das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz
114 ist der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung von 6% auf 25% gewachsen,
115 haben über eine Million Bürgerinnen und Bürger ihre Energieversorgung in die eigene
116 Hand genommen und wurden fast 400.000 Arbeitsplätze geschaffen.

117 Wir wollen, dass dieser Boom weitergeht! Um den Atomausstieg zu vollenden und die
118 deutschen Klimaziele einzuhalten, muss der Anteil der erneuerbaren Energien an der
119 deutschen Stromversorgung auf mindestens 45% im Jahr 2020 steigen. Deshalb lehnen
120 wir Pläne aus der Bundesregierung, das EEG abzuschaffen oder den Ausbau der
121 erneuerbaren Energien durch eine Obergrenze im EEG zu deckeln, ab.

122 Stattdessen wollen wir Grüne das EEG in drei Stufen weiterentwickeln: Erstens wollen
123 wir es von unnötigen Kosten befreien und die Lasten fair zwischen allen
124 StromverbraucherInnen aufteilen. Zweitens wollen wir die Stellschrauben im EEG neu
125 justieren, um den Ausbau erneuerbarer Energien kosteneffizient voranzubringen. Und
126 drittens wollen wir den Strommarkt so verändern, dass immer mehr erneuerbare
127 Energien darin auch ohne Förderung ihren Platz finden. Die wichtigsten Grundpfeiler,
128 die das EEG so erfolgreich gemacht haben, sind der Einspeisevorrang der
129 erneuerbaren Energien und verlässliche Vergütungssätze. Diese Grundpfeiler sind für
130 uns auch zukünftig unverzichtbar. Änderungen sind insbesondere bei der Förderung der
131 Bioenergien notwendig. Wir wollen die eindeutige Orientierung an
132 Nachhaltigkeitskriterien bei der Förderung der Bioenergien, um den Anteil von
133 Maismonokulturen zur Biogasherstellung zurückzudrängen. Bei der energetischen
134 Nutzung von Biomasse muss die Verwertung von biogenen Rest- und Abfallstoffen
135 Priorität haben. Bioenergien müssen bedarfsgerecht eingesetzt werden und so ihren
136 Beitrag zur Systemintegration der Erneuerbaren Energien leisten.

137 Auch NRW braucht den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir
138 Grüne setzen uns dafür ein, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 30% des Stroms in
139 NRW aus erneuerbaren Energien gewonnen werden – viermal soviel wie heute. Den
140 Anteil der Windkraft an der Stromversorgung wollen wir von derzeit gut 3% auf
141 mindestens 15% im Jahr 2020 anheben. Wichtige Rahmenbedingungen dafür hat
142 Umweltminister Johannes Remmel mit dem neuen Windenergieerlass, der Vorlage
143 einer umfassenden Potentialanalyse und dem Leitfaden Wind im Wald geschaffen, der

144 auch von Naturschutzverbänden unterstützt und mitgetragen wird. Diese müssen
145 ebenso wie die weiteren Klimaziele jetzt in den neuen Landesentwicklungsplan
146 einfließen. Viele Kommunen in NRW haben sich aufgemacht, neue
147 Windenergieanlagen zu errichten. Die Landesregierung wird alles Notwendige tun, sie
148 bei ihren Planungen zu unterstützen und allen Kommunen den Ausbau der
149 Windenergienutzung ermöglichen und bei Konflikten nach Lösungsmöglichkeiten
150 suchen.

151 Bei der Erreichung dieser Ziele darf sich NRW nicht von der Bundesregierung
152 hereinreden lassen. Unter der schwarz-gelben Koalition von Ministerpräsident Rüttgers
153 ist NRW beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit zurück gefallen. Jetzt, wo die
154 neue rot-grüne Landesregierung endlich Tempo macht, versucht Schwarz-Gelb in Berlin
155 die Entwicklung durch einen Deckel für erneuerbare Energien auszubremsen. Das
156 lassen wir nicht zu!

157 **Kosten und Chancen der Energiewende fair verteilen**

158 Angesichts weltweit steigender Energienachfrage sind weiter steigende Energiepreise
159 wahrscheinlich. Umso wichtiger ist es, Energiepreise fair zu gestalten. Wir wollen für
160 eine gerechte Verteilung der Lasten und Chancen der Energiewende sorgen und
161 VerbraucherInnen und Mittelstand so um 4 Mrd. € jährlich oder rund 1 Cent pro kWh
162 Strom entlasten.

163 Heute sind große Teile des Industriestroms von den Kosten der Energiewende
164 weitgehend befreit, profitieren aber über sinkende Börsenstrompreise direkt vom
165 wachsenden Angebot an erneuerbaren Energien. VerbraucherInnen und Mittelstand
166 müssen Mehrbelastungen von rund 7 Mrd. € tragen, haben aber von den sinkenden
167 Börsenpreisen bisher nichts. Unter Kanzlerin Merkel hat sich die Zahl der privilegierten
168 Betriebe bisher schon von 250 auf über 700 erhöht – darunter auch
169 Futtermittelhersteller, Zuckerbäcker und Schlachtereien. Durch neue schwarz-gelbe
170 Industrieprivilegien dürfte die Zahl im nächsten Jahr auf 2.000 ansteigen.

171 Die durch Rechtsverordnung des Bundes (AusglMechV) geregelte Vermarktung des
172 gesamten EEG-Stroms am Spotmarkt der Strombörse durch die
173 Übertragungsnetzbetreiber ist ein Systemfehler. Er führt dazu, dass der Preis für den
174 EEG-Strom an der Börse fällt und hierdurch die EEG-Umlage, die sich aus der Differenz
175 der Börsenerlöse und der von den Übertragungsnetzbetreibern zu zahlenden EEG-
176 Vergütung ergibt, künstlich in die Höhe getrieben wird. Hiervon profitieren insbesondere
177 Industriekunden, die ohnehin schon ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit
178 sind. Dieser Systemfehler hätte längst schon korrigiert werden müssen.

179 Wir Grüne wollen die Privilegien im EEG und anderen energiewirtschaftlichen Gesetzen
180 wieder auf ihren berechtigten Kern zurückführen. Wir wollen die Klientelgeschenke der
181 schwarz-gelben Zeit zurücknehmen und die Ausnahmeregelung auf energieintensive

182 Unternehmen beschränken, die nachweisbar in besonderem Maße dem internationalen
183 Wettbewerb ausgesetzt sind. Zentrale Kriterien sind für uns hierbei das Verhältnis der
184 Energiekosten zur Bruttowertschöpfung (>15%), sowie die Handelsintensität des
185 Unternehmens mit dem Ausland (>10%). Schwellenwerte dürfen dabei keine Anreize
186 zur Energieverschwendung bieten. Alle Unternehmen, die Ausnahmeregelungen in
187 Anspruch nehmen, müssen ein Energiemanagement durchführen. Das führt zu
188 Energieeinsparung und senkt auch die Kosten der Unternehmen. Wir wollen die teure
189 und ineffektive Marktprämie abschaffen, die Stromerzeugung aus erneuerbaren
190 Energien bedarfsgerechter gestalten und Lastmanagementsysteme unterstützen. Die
191 Vergütungssätze und Boni müssen konsequent auf den Prüfstand, um überzogene
192 Renditen zu Lasten der StromverbraucherInnen zu verhindern. Das beinhaltet auch
193 Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells bei der Onshore-Windenergie, um
194 kostengünstige Binnenlandstandorte zu fördern.

195 **Energiewende sozial gestalten**

196 Die Ausgaben der Privathaushalte für Energie sind seit 2005 stark gestiegen, vor allem
197 wegen der steigenden Kosten fossiler Brennstoffe. Rund 45 Prozent Preisanstieg für
198 Strom und Fernwärme, über 60 Prozent für Öl und 30 Prozent für Gas: Viele Haushalte
199 sind mit diesem Preisanstieg finanziell überlastet. Laut Monitoringbericht 2012 von
200 Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt wurden 2011 bundesweit 312.000
201 Haushalten der Strom und 33.500 Haushalten das Gas abgestellt, weil sie ihre
202 Rechnungen nicht begleichen konnten.

203 Wir Grüne wissen: Die beste Vorsorge gegen steigende Energiepreise sind mehr
204 Energieeffizienz und ein sinkender Energieverbrauch. Wir wollen zielgerichtete
205 Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten
206 ergreifen. Dazu gehören kostenfreie Energiespar-Checks, die Förderung besonders
207 energiesparender Geräte über Zuschüsse oder Energiedienstleister (sog. Mini-
208 Contracting), sowie die energetische Sanierung insbesondere in Wohnquartieren mit
209 hohem Anteil einkommens- und investitionsschwacher Haushalte. Wir Grünen treten
210 dafür ein, die Strompreise ökologisch, sozial und gerecht zu gestalten.
211 Stromversorgungsunternehmen wollen wir verpflichten, mindestens einen „Stromspar-
212 Tarif“ anzubieten, welcher stromsparenden Verbrauch durch progressiven Tarifverlauf
213 und entfallende Grundgebühr belohnt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit ein
214 „umgekehrter Mengenrabatt“ beim Haushaltsstrom durch andere Maßnahmen erreicht
215 werden könnten.

216 In NRW hat die rot-grüne Landesregierung gemeinsam mit der Caritas und der
217 Verbraucherzentrale NRW ein Modellprojekt zur Energie- und Budgetberatung
218 gestartet. Gemeinsam mit Energieversorgern, Verbraucherschutzorganisationen und
219 Wohlfahrtsverbänden wollen wir weiter landesweit an Lösungen arbeiten: Schon 2013
220 wird in NRW ein weiteres Projekt starten, dass für einkommensschwache Haushalte

221 den Austausch von stromfressenden Altgeräten durch ein intelligentes Contracting
222 ermöglicht.

223 Vollständige Sperren der Gas- und Stromversorgung von Privathaushalten wollen wir
224 gesetzlich einschränken. Zumindest bei erstmaligem Zahlungsverzug sollten die
225 Versorger verpflichtet sein, im Vorfeld einer Sperre eine Ratenzahlungsvereinbarung
226 anzubieten. Außerdem setzen wir uns für eine Anhebung der Regelsätze nach SGB II
227 und XII auf ein Niveau ein, das die Grundversorgung an Wärme und Strom auch bei
228 steigenden Preisen sicherstellt. BezieherInnen von Wohngeld sollten bei energetischer
229 Sanierung einen Klimazuschuss erhalten, damit sich die Sanierung für sie unmittelbar
230 auszahlt.

231 Forderungen nach Energiesteuersenkungen à la FDP oder nach staatlich
232 bezuschussten Sozialtarifen à la „Linke“ dienen allein der Preissenkung für Energie aus
233 fossilen Brennstoffen - Energieeinsparung wird verhindert. Das ist kurzsichtig und nicht
234 nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer und sozialer Sicht falsch.
235 Energiesteuersenkungen werden am Ende ohnehin kaum bei den VerbraucherInnen
236 ankommen, sondern in den Kassen der Energieversorgungsunternehmen landen,
237 während öffentliche Ausgaben durch die Steuerausfälle gekürzt werden müssen. Da der
238 Preisanstieg zu erheblichen Teilen auf die Verteuerung der fossilen Energieträger
239 zurückzuführen ist, ist der rasche Umstieg auf erneuerbare Energien und zu mehr
240 Effizienz und Einsparung der Schlüssel zu bezahlbaren Preisen in der nahen Zukunft.

241 **Ernst machen mit Energieeffizienz und Energiesparen**

242 Auf keinem anderen Feld der Energiepolitik ist das Versagen der Bundesregierung
243 deutlicher als bei der Energieeffizienz. Als Bremserin auf EU-Ebene hat Kanzlerin
244 Merkel die europäischen Energiesparziele abgeschwächt und die
245 Energieeffizienzrichtlinie verwässert, obwohl Merkel 2007 Deutschland zum
246 Effizienzweltmeister machen wollte. Die Bundesregierung hat die Mittel für die
247 energetische Gebäudesanierung wiederholt abgesenkt und sich einem Kompromiss
248 über die steuerliche Begünstigung von Sanierungen im Bundesrat bis heute widersetzt.
249 Und das Stromsparziel der Bundesregierung wurde von Umweltminister Altmaier sofort
250 nach Amtsantritt in Frage gestellt. Nun greift die Bundesregierung auch noch der KfW
251 per Gewinnabführung in die Tasche und senkt damit ordnungspolitisch fragwürdig die
252 Fähigkeit der Bank, ökologische Innovationen zu finanzieren.

253 Im Gegensatz dazu wollen wir Grüne endlich ernst machen mit Energiesparen und
254 Energieeffizienz! Wir wollen einen 3 Mrd. Euro-Energiesparfonds einrichten, um
255 Kommunen bei der energetischen Sanierung von Wohnquartieren und Haushalte beim
256 Stromsparen zu unterstützen. Wir wollen nach den Vorgaben der neuen EU-
257 Energieeffizienzrichtlinie Energieversorgungsunternehmen verpflichten, durch
258 Effizienzmaßnahmen bei ihren KundInnen Strom, Gas und Kosten einzusparen. Wir
259 wollen die Anforderungen der Energieeinsparverordnung verschärfen, das

260 Gebäudesanierungsprogramm der KfW aufstocken und die Rate der sanierten
261 Gebäude so von derzeit unter 1 % auf 3% im Jahr anheben.

262 NRW wird seine Möglichkeiten nutzen, um die Sanierungsrate zu erhöhen. Hierzu
263 gehört vor allen Dingen eine verstärkte Beratung der Haushalt zu den Themen
264 Sanierung und deren Förderung. Zudem ist eine Verzahnung landeseigener
265 Förderprogramme mit der Bundesförderung wichtig. Wir Grünen fordern zudem eine
266 Öffnung der EU-Strukturfonds zur energetischen Gebäudesanierung um hier weitere
267 finanzielle Unterstützung zu ermöglichen.

268 Zur Förderung der Energieeffizienz will NRW seine Beratungsfunktion gegenüber
269 Kommunen, Unternehmen und privaten Haushalten weiter verstärken. Unternehmen
270 sollen Energiemanagementsysteme einführen, Kommunen und Unternehmen bei den
271 notwendigen Investitionen in Energieeinsparungen und Energieeffizienz unterstützt
272 werden.

273 Seien wir ehrlich: Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert auch
274 eine gesellschaftliche, (selbst-)kritische Debatte über unseren Umgang mit Energie.
275 Das mag bisweilen unbequem sein; aber wir Grüne stellen uns auch dieser Debatte.

276 **Netze optimieren und ausbauen, Speicher entwickeln,** 277 **Reservekapazitäten sicherstellen**

278 Die Energiewende weg von zentralen Großkraftwerken mit Kohle und Atom hin zu vor
279 allem dezentralen braucht den Aus- und Umbau und die Optimierung des Stromnetzes
280 auf allen Spannungsebenen. Der Ausbau des Übertragungsnetzes kommt unter
281 Schwarz-Gelb kaum voran. Von den 1.800 km neuer Leitungen, die noch von der
282 Großen Koalition als vorrangig eingestuft wurden, sind bis jetzt nur 214 km gebaut.
283 Beim Verteilnetz gibt es nach wie vor viel zu wenig Anreize zur Investition in
284 Netzoptimierung (Smart Grid). Die Bundesregierung hat beim Netzbau lange und viel
285 geredet, aber wenig bis nichts getan.

286 Wir wollen den Netzausbau in NRW vorantreiben. Hierzu bedarf es neben der
287 Optimierung bestehender Trassen auch der Genehmigung neuer Übertragungstrassen.
288 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung unsere Initiative aufgegriffen und mit dem
289 Netzentwicklungsplan erstmals eine einigermaßen transparente Netzplanung
290 geschaffen hat, auch wenn es in der Umsetzung erhebliche Kritik und
291 Verbesserungsbedarf gibt. Wir unterstützen den richtigen Ansatz, mit der modernen
292 HGÜ-Technik leistungsfähige Übertragungsleitungen in Nord-Süd-Richtung zu schaffen.
293 Um den Netzausbau auf das erforderliche Maß zu begrenzen und unnötige Kosten zu
294 vermeiden, brauchen wir klare Prioritäten bei den Projekten. Bei der Fortschreibung der
295 Netzentwicklungspläne müssen weitere Ausbauszenarien mit mehr dezentraler
296 Erzeugung und mehr Energieeffizienz berücksichtigt werden. Uns ist es wichtig, den
297 Netzausbau so anwohnerInnenfreundlich wie möglich zu gestalten. Lokale Konflikte

298 sollen dadurch vermieden oder gelöst werden, dass eine frühzeitigere und
299 umfassendere Bürgerbeteiligung stattfindet, Netzausbau möglichst auf vorhanden
300 Trassen stattfindet und eine Teilverkabelung ermöglicht wird. Dafür wollen wir die
301 gesetzliche Grundlage schaffen. Über die Landesplanung wollen wir für
302 Neubauvorhaben Mindestabstände zur Wohnbebauung festsetzen, bei deren
303 Unterschreitung Erdkabel gelegt werden müssen. Werden keine Erdkabel verlegt, muss
304 der Mindestabstand zur Wohnbebauung gemäß den Regelungen des
305 Energieleitungsausbaugesetzes beidseits der Hochspannungsfreileitungen eingehalten
306 werden. Wir wollen NRW zur Modellregion für intelligente Netze (Smart Grids) auf allen
307 Netzebenen (Höchst-, Hoch-, Mittel- und Niederspannung) machen und unterstützen
308 Kommunen dabei, die örtlichen Strom- und Gasnetze wieder in die eigene Hand zu
309 nehmen.

310 **NRW als KWK-Land**

311 Auch wenn Netzausbau und -optimierung die erste Priorität bei einem immer größer
312 werdenden Anteilserneuerbarer Energien ist, müssen wir uns um weitere Fragen?
313 kümmern: Die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss ausgebaut werden. Hier
314 hat NRW wegen seiner hohen Bevölkerungs- und Industriedichte große Potentiale. Die
315 Bauentscheidungen für die KWK-Gaskraftwerke in Köln und Düsseldorf sowie die
316 geplanten Anlagen in den Chemieparks Leverkusen und Krefeld – alle Anlagen sind der
317 Ersatz für früher geplante Kohlekraftwerke – sind wichtige Bausteine zur
318 klimafreundlichen Deckung des Wärmebedarfs- und als Ausgleich zur schwankenden
319 Stromerzeugung erneuerbarer Energien. Die Förderung des Ausbaus der
320 Fernwärmnetze in den Ballungsgebieten NRWs durch die Landesregierung schafft die
321 notwendigen Anreize für Investitionen in KWK-Kraftwerke.

322 Leider hat die Bundesregierung bei der Novelle des KWK-Gesetzes eine angemessene
323 Förderung der Mini- und Mikro-KWK – am besten intelligent vernetzt und
324 bedarfsgerecht gesteuert – in unverantwortlicher Weise versäumt. Umso wichtiger ist
325 die von Umweltminister Johannes Remmel geschaffene Förderung der Anlagen und
326 von Modellkommunen für KWK. Wir wollen die positiven Ansätze aus NRW auf die
327 Förderung der KWK auf Bundesebene übertragen.

328 Wegen der absehbaren Stilllegung fossiler Kraftwerke aufgrund von Unwirtschaftlichkeit
329 wollen wir Anreize für Kapazitäten in Form von Speichern, Lastmanagementsystemen
330 und neuen Gas-Kraftwerken schaffen. Wo Stromerzeugungskapazitäten absehbar
331 fehlen, sollen diese regional in Rahmen eines neuen Marktdesigns ausgeschrieben und
332 – unter Wahrung hoher Anforderungen an Effizienz, Klimaschutz und Flexibilität – an
333 den preisgünstigsten Anbieter vergeben werden. Den Neubau von Kohlekraftwerken
334 lehnen wir dagegen ab.

335 Zur Deckung der Winterreserve in den nächsten Jahren plant der liberale
336 Bundeswirtschaftsminister in bester Sowjetmanier den Zwangsbetrieb von Kraftwerken

337 vor allem in Süddeutschland. Das ist weder effizient noch marktwirtschaftlich und am
338 Ende die teuerste Lösung für die VerbraucherInnen. Wir fordern stattdessen, die zur
339 Deckung der Jahreshöchstlast fehlenden Kapazitäten schon ab dem übernächsten
340 Winter über einen begrenzten, fokussierten Kapazitätsmarkt auszuschreiben.

341 **NRW zum Speicherland machen**

342 Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien werden vor allem nach 2020 zunehmend
343 Speicherkapazitäten benötigt. Angesichts der Planungs- und Realisierungszeiten von
344 Pumpspeicherkraftwerken und der heute fehlenden Wirtschaftlichkeit von
345 Batteriespeichern und Elektrolysespeichern ("Power to Gas – Windgas") müssen
346 Forschungsprogramme aufgelegt, NRW als Standort für Elektrochemie erhalten und
347 auch die Markteinführung vorangetrieben werden. Entsprechende Programme wollen
348 wir zügig starten. Nur so kann sichergestellt werden, dass ab 2020, wenn zunehmend
349 Speicherkapazität benötigt wird, tragfähige und bezahlbare technische Lösungen bereit
350 stehen. Wir unterstützen die konkrete Planung und den Bau von
351 Pumpspeicherkraftwerken in NRW, z. B. die Projekte in der Eifel und im
352 Weserbergland, aber auch die Konzeptideen für Untertagespeicher. NRW muss seine
353 Chancen nutzen, sich als das Speicherland aufzustellen.

354 Wir Grünen sind überzeugt: Eine ökologische und soziale Energiewende zum Nutzen
355 des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Nordrhein-Westfalens sowie der Menschen
356 und der Umwelt in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und der Welt ist möglich und
357 nötig. Wir erkennen an, dass die Umsetzung und Gestaltung dieser Aufgabe eine große
358 Herausforderung darstellt, deren Bewältigung nur als Gemeinschaftswerk zwischen
359 Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft möglich ist. Auch ist die
360 Versorgungssicherheit eine grundlegende Voraussetzung. Es ist an der Zeit, dass
361 andere ihre ideologischen Schützengräben verlassen und sich konstruktiv an der
362 Gestaltung der Energiewende beteiligen. Der schnellstmögliche Ausbau der
363 erneuerbaren Energien ist dabei die notwendige Voraussetzung für die Einhaltung der
364 Klimaziele, für stabile sozialverträgliche Strompreise und für eine wettbewerbsfähige
365 Weiterentwicklung unseres Industriestandortes.

366 Wir Grünen sind bereit, mit unseren Konzepten, unserem Fachwissen, unseren Ideen
367 und Visionen unseren Beitrag zum erfolgreichen Gelingen der Energiewende zu leisten!